

Opferschutz vor Datenschutz: Berliner Initiative kämpft gegen Femizide

Im Kampf gegen Femizide fordert Big e.V. einen besseren Opferschutz und mehr Austausch zwischen Behörden und Beratungsstellen.

Berlin (ots)

Femizide sind ein drängendes Problem in der Gesellschaft, das nicht ignoriert werden kann. Die aktuelle Diskussion in Berlin beleuchtet die Alarmstufe beim Thema Gewalt gegen Frauen. Während die Zahlen aus dem vergangenen Jahr, die 331 Fälle von Frauen und Mädchen zeigen, die aufgrund ihres Geschlechts Opfer von versuchten oder vollzogenen Morden wurden, erschreckend sind, gibt es Initiativen, die auf Lösungen drängen. Eine solche Initiative ist die Berliner Organisation Big e.V., die vehement für mehr Zusammenarbeit zwischen den relevanten Stellen eintritt.

In einem Interview mit dem rbb24 Inforadio betont Kristin Fischer, eine Vertreterin von Big e.V., die Dringlichkeit einer umfassenden Strategie gegen Femizide. Sie fordert die Einführung von Fallkonferenzen, bei denen Behörden und Beratungsstellen sich über nötige Maßnahmen austauschen können. Fischer merkt hierzu an: „Es kann nicht sein, dass Datenschutz so eng ausgelegt wird, dass effektive Instrumente nicht eingesetzt werden können und somit sozusagen Datenschutz über Opferschutz steht.“ Diese Aussage spiegelt wider, wie wichtig der Austausch in Hochrisikofällen ist, wo schnell gehandelt werden muss.

Die Herausforderungen des Datenschutzes

Die Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes führen häufig zu unnötigen Hürden, die den Opferschutz gefährden. Fischer verdeutlicht, dass der strenge Umgang mit vertraulichen Informationen manchmal dazu führt, dass die effektiven Schutzmaßnahmen nicht umgesetzt werden können. Gerade in der aktuellen Lage ist es wichtig, dass Betroffene schnell und unbürokratisch Hilfe erhalten. Daher sind Fallkonferenzen aus Fischers Sicht ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung.

Darüber hinaus ruft die Initiative dazu auf, dass der Bund seine Pläne für ein Gewalthilfegesetz endlich umsetzt. Eine solche Gesetzgebung könnte beispielsweise eine einheitliche finanzielle Unterstützung von Frauenhäusern und Beratungsstellen in ganz Deutschland ermöglichen. Dies könnte einen enormen Fortschritt für den Opferschutz bedeuten.

Fischer hebt hervor, dass gegenwärtig in einigen Bundesländern die Frauen selbst zahlen müssen, um in einem Frauenhaus unterzukommen. „Das kann nicht sein“, sagt sie über die Zustände, die es vielen Betroffenen erschweren, schnell Hilfe in Anspruch zu nehmen. Zu allem Überfluss sind viele Betroffene mit einem sozialen Hintergrund, wie Studierende oder Rentnerinnen, von dieser Hilfe gar ausgeschlossen.

Im Sinne eines gelingenden Opferschutzes ist es unerlässlich, dass die beschlossenen Hilfen auch tatsächlich ankommen. Die Initiativen wie Big e.V. setzen sich für ein System ein, das schnelles Handeln und Unterstützung ermöglicht, um so das Leben der Betroffenen zu schützen und zu ermöglichen, dass sie ein sicheres Umfeld finden können.

Die Zahlen sprechen für sich, und die Stimme der Initiative Big e.V. wird immer lauter, wenn es darum geht, Emilia, den ersten Schritt zu einem besseren Schutz für Frauen und Mädchen in Deutschland, einzuleiten.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de